



Günter Ederere
10. 05. 2018



Wer die Handelsbilanz der USA über Jahrzehnte verfolgt, kann sich eigentlich nur wundern, wie lange diese Nation das riesige Defizit hingenommen hat. Donald Trump hat allen Grund, dieses Ungleichgewicht anzugehen. Trotzdem wird das, was Trump mit seinen Zöllen erreichen will, nicht gelingen, wenn er die falschen Rezepte seiner Vorgänger wiederholt.

Der Clausewitz für Handelskrieger (Teil 1)

„If You are hungry, eat Your Toyota“, wenn „Du hungrig bist, friss Deinen Toyota.“ Die Delegierten der amerikanischen Stahlarbeitergewerkschaft lassen keinen Zweifel aufkommen, wer Schuld ist an ihrer schwierigen bis trostlosen Situation. In ihren Augen sind es die Importautos, die den US-Markt erobern, darunter vor allem die Japaner und die Deutschen.

Bevor wir den Gewerkschaftskongress besuchten, waren wir in Gary im Bundesstaat Indiana. Dies war einst der größte Stahlstandort der Welt mit fast 10 Hochöfen. Sie wurde gegründet, als hier US-Steel ein Stahlwerk baute. Ein Monument amerikanischer Macht. Hier trafen via Lake Michigan das Eisenerz auf die Kohle aus den nahen Appalachen, zum Beispiel aus dem Kohlestaat West Virginia. Diese Macht garantierte gleichzeitig Millionen gut bezahlter Jobs.

Aber bei unserem Besuch in Gary trafen wir auf eine tote Stadt. Über 170.000 Einwohner hatte sie einst. Jetzt sind es nur noch knapp 80.000. Die Folge: zugemauerte Schaufenster und verödete Gebäude. Ein elendes Bild. Die Hochöfen überragen zwar noch die Stadt, aber sie rosten still vor sich hin. Gary in Indiana als ehemalige Stahlstadt und Flint in Michigan als ehemaliges Automobilzentrum boten die übelsten Ansichten des Niedergangs einer einst fast unschlagbaren US-Wirtschaft.

Es sind zwei Bundesstaaten, die für Donald Trump gestimmt haben, zwei Bundesstaaten, die in der Berichterstattung seit der Wahl des unberechenbaren New Yorker Milliardärs als der „Rostgürtel, der „rostbelt“, auch von deutschen Auslandskorrespondenten besucht und vorgeführt wurden. Seither sind sie auch für halbwegs am politischen Geschehen interessierte deutsche Normalbürger ein Begriff. Zu den problematischen Regionen der USA, die vom Niedergang der Kohle- und Stahlindustrie betroffen sind, gehören noch Pennsylvania, Ohio, West Virginia und bedingt auch Wisconsin. Darin unterscheiden sie sich nur unwesentlich von dem Ruhrgebiet, Nordfrankreich und dem belgischen Wallonien.

Die Tradition verlogener Wahlversprechen

Mein Besuch in den Städten Gary und Flint und meine Erlebnisse auf dem Stahlarbeitergewerkschaftstag in Philadelphia fanden allerdings schon 1982 statt. Die Szenen finden sich in einer ZDF-Dokumentation vom September 1982, die unter dem Titel: „Die amerikanische Krankheit“ gesendet wurde. Jetzt vom „Rostbelt“ zu berichten, von den vernachlässigten amerikanischen Arbeitern als Entschuldigung für deren Zustimmung für Donald Trump zu schreiben, ist noch nicht einmal die Hälfte der Wahrheit. Der Höhepunkt des Niedergangs ist schon lange überschritten. Es gibt Städte wie Pittsburgh, die sich zu blühenden Dienstleistungszentren entwickelt haben. Aber diese Transformation wurde von den deutschen Washington Korrespondenten erst während des Wahlkampfes wahrgenommen, weil Trump in den ehemaligen Schwerindustrie- und Kohlerevieren punktete.

Einer der Hauptgründe für die Hinwendung der Region zu den Republikanern ist, dass die US-Gewerkschaften und die demokratische Partei zu lange Wunder versprochen haben und gleichzeitig die notwendigen Umstrukturierungen politisch verhinderten. Ähnliche Entwicklungen im Ruhrgebiet sind kein Zufall. Mit dem offiziellen Ausstieg aus der Kohle, die in diesen Bundesstaaten immer noch das Sinnbild für die amerikanische Industriestärke ist, fühlten sich die Kumpel endgültig abgeschrieben. Niemand stellte sich der Aufgabe, den Bergleuten zu erklären, dass viele Bergwerke nicht mehr rentabel sind, mit und ohne die Umweltbelastung für einen realen oder nur inszenierten Klimawandel. Aber wegen des Kohleausstiegs haben sich auch die Bewohner von West Virginia und Kentucky zu Trump bekannt.

Noch 1982 während meines Besuches des Gewerkschaftskongresses verdiente ein US-Stahlarbeiter 36 Dollar die Stunde. Das waren damals immerhin rund 72,00 DM. Ein mehr als üppiges Gehalt. Die Arbeiter der Hauptkonkurrenten, die Japaner und die Deutschen, verdienten noch nicht einmal die Hälfte. Die Folge: Die amerikanischen Stahlriesen gingen reihenweise Pleite. Doch davon war auf dem Stahlarbeiterkongress keine Rede. Da die USWU, die United Steelworkers Union, eng mit der demokratischen Partei verbandelt war, sprach als Hauptredner der zum „liberalen Flügel“ gehörende – was in den USA mit Links gleich gesetzt wird – Senator Edward Kennedy, der Bruder des legendären Präsidenten John F. Kennedy.

Und Edward Kennedy heizte den wund gescheuerten von Arbeitslosigkeit bedrohten und betroffenen Arbeitern ein. Sinngemäß versprach er: Wir Demokraten werden dafür sorgen, dass ihr 100 Dollar die Stunde verdient, wir werden die ausländischen Falschspieler in ihre Schranken weisen und wir werden dafür sorgen, dass ihr nur noch halb so viel arbeiten müsst wie heute. Edward Kennedys Rede war eine Mischung aus Nationalismus, Protektionismus und Realitätsverweigerung. Aber sie kam gut an.

Zölle schützen keinen Wohlstand

Bis 2016 blieben die meisten Arbeiter aus dem Industriegürtel des mittleren Westens bei den Demokraten. Statt 100 Dollar die Stunde sank ihr Einkommen auf zirka 25 Dollar, wobei ein Vergleich mit Deutschland schwierig ist, weil Sozialabgaben und Steuern das Bruttogehalt viel weniger belasten, als in Europa. Aber es bleibt die Realität für die Stahlarbeiter, dass ihr Einkommen in den letzten 25 Jahren gesunken ist. Die hehren Versprechungen der Demokraten haben sich nicht erfüllt. So haben sie bei der letzten Wahl den Sprüchen Donald Trumps geglaubt. Und der will jetzt liefern. Wenn er schon die Löhne nicht erhöhen kann, dann will er wenigstens die ausländische Konkurrenz vertreiben.

Da leider immer wieder amerikanische Regierungschefs auf die schräge Idee kommen, so eine ausgeglichene Handelsbilanz zu erreichen, probieren sie es immer mal wieder, durch Zölle Importprodukte zu verteuern. Aber leider lernen sie nichts von den vergeblichen Versuchen ihrer Vorgänger. Nur mit Zöllen ist es unmöglich, heimische Arbeitsplätze zu sichern. So wie früher der Demokrat Edward Kennedy linkspopulistische Versprechungen machte, hat dies jetzt rechtspopulistisch Donald Trump wiederholt. Dass sie wieder mit leeren Worthülsen gefüttert wurden, werden sie noch leidvoll erfahren.

Wer die Handelsbilanz der USA über Jahrzehnte verfolgt, kann sich eigentlich nur wundern, wie lange diese Nation das riesige Defizit hingenommen hat. Donald Trump hat allen Grund, dieses Ungleichgewicht anzugehen. Über Jahrzehnte hatte sich nämlich ein Kreislauf eingespielt, der viele Nationen davor schützte, in ihrem eigenen Land wichtige Reformen durchzusetzen, die nicht geeignet sind, Wahlen zu gewinnen. Dazu zählen weltweite trickreiche, nicht tarifäre Handelshemmnisse und Subventionen, vor allem im Agrarsektor.

Dazu ein Beispiel für wirkungsvolle nicht tarifäre Handelshemmnisse, die Importe bei gleichzeitiger Zollfreiheit verhindern. Südkorea eroberte in großer Geschwindigkeit mit seinen Billigautos auch in Europa beachtliche Marktanteile, belegt aber Importautos mit hohen Zollschränken. Um den Exporterfolg nicht zu gefährden, gab die Regierung schließlich dem Druck nach, senkte den Zoll und erlaubte die Einfuhr europäischer Automobile.

Trotzdem waren zum Beispiel deutsche Mercedes und BMWs kaum zu sehen. Das hatte einen guten Grund. Die vergleichbaren teuren Limousinen wurden von besser Verdienenden gekauft. Aber kaum hatten sie ein Auto erworben, wurden sie einer Steuerprüfung unterzogen. Wie in Japan werden dann die Steuervergehen in den Zeitungen veröffentlicht. Das Wagnis, ein europäisches Auto zu kaufen, war also mit vielen Unannehmlichkeiten und Risiken verbunden.

Trumps sinnlose Handelskriegserklärung

Solche Geschichten lassen sich von jedem Land erzählen. Doch zurück zu den USA. Die Hauptursache der Ungleichgewichte im Welthandel aber sind Versäumnisse von Reformen in den Vereinigten Staaten, und es ist der amerikanische Präsident, der dem Welthandel in der jetzigen Form den Krieg erklärt hat. Die Frage ist also: Sind seine Eingriffe in den Welthandel jetzt verbunden mit Reformen der Haushaltstradition in Washington und damit für sein Land und langfristig auch für die Handelspartner erfolgreich? Oder ist seine Formel „America first“ nur wieder eine nationalistische Dosis, um seine Wähler bei der Stange zu halten? Bis in die 60er des letzten Jahrhunderts war der Lebensstandard aller Amerikaner, vor allem der Industriearbeiter, mindestens doppelt so hoch, wie in anderen Ländern. Die 36 Dollar pro Stunde für die Stahlarbeiter sind dafür ein Zeugnis.

Von diesem hohen Lebensstandard in den USA profitierten dann vor allem zwei Staaten, die den Krieg verloren, aber mit massiver Unterstützung der Regierung in Washington eine extrem wettbewerbsfähige Wirtschaft aufgebaut hatten: Deutschland und Japan. Beide drückten erfolgreich ihre Produkte zu einem völlig schrägen, also unterbewerteten Wechselkurs von DM und Yen in den US-Markt. Der amerikanische Bürger profitierte von preiswerten Importprodukten, Japan und Deutschland mit Vollbeschäftigung.

Seit dieser Zeit haben die Regierungen in Washington eine für sie nachteilige Kreislaufwirtschaft in Kauf genommen. Bei stark steigenden Militärausgaben (Kriege in Korea, Vietnam, Wettrüsten gegen das Sowjetreich, Nahost) senkten sie in regelmäßigen Abständen trotzdem die Steuern, um

die Wähler bei Laune zu halten. Die gigantischen Löcher im Staatshaushalt – zur Zeit belaufen sie sich auf unvorstellbare 1,2 Billionen Dollar – finanzierten sie durch Staatsanleihen, die von den Staaten mit den hohen Exportüberschüssen gekauft wurden, allen voran Japan und Deutschland. Vor dem Eintritt Chinas in die Weltwirtschaft war Japan der größte Gläubiger der USA. In jüngster Zeit hat sich zwar an diesem Kreislauf nichts geändert, aber mittlerweile hat China mit Japan gleichgezogen. In beiden Staaten stehen die USA mit rund 1,25 Billionen Dollar in der Kreide. Insgesamt haben die USA 5.547 Milliarden Dollar Auslandsschulden – Zahlen bei denen jedes Vorstellungsvermögen versagt.

China ist mittlerweile auch der größte Exporteur in die USA und hat den größten Handelsbilanzüberschuss mit den Amerikanern. Was immer Trump mit seinen Zöllen erreichen will, wird nicht gelingen, solange er in das alte Muster der US-Präsidenten verfällt, die Steuern zu senken, trotzdem die Haushaltsausgaben zu erhöhen und sich das Haushaltsdefizit über noch mehr Schulden, vor allem von China, aber auch von Japan, Südkorea und den Europäern, bezahlen zu lassen.

Im zweiten Teil lesen Sie: „Derselbe Kampf, neue Gegner“

Foto: [DonkeyHotey](#) - [Flickr](#) CC BY-SA 2.0 via [Wikimedia](#)

Helfen Sie uns Die ACHSE DES GUTEN noch besser zu machen und auszubauen!

Spendenkonto

Kontonummer: 4801474

Augusta-Bank, Augsburg

Bankleitzahl 720 900 00

Internationale Bankleitzahl BIC GENODEF1AUB

Internationale Konto-Nr. IBAN DE27720900000004801474